

Einzelpreis 70 Heller.  
Redaktion und  
Verwaltung:  
Prag II., Dablic-  
kovo nám. 82.  
Telefon 8795,  
nachts 8797.  
Telegraph-Adresse:  
Sozialdemokrat Prag.  
Postfachamt 57544.  
Anserate werden laut  
Tarif billigt berechnet.  
Bei öfteren Einschick-  
ungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen  
Bei Zustellung ins  
Haus oder bei Bezug  
durch die Post  
monatlich . . . 16.— Kz  
vierteljährlich 48.— Kz  
halbjährig . . . 96.— Kz  
ganzjährig . . . 192.— Kz  
Für Deutschösterreich  
monatlich 400.— Sk, für  
Deutschland 40.— Mk.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

1. Jahrgang.

Samstag, 10. Dezember 1921.

Nr. 86.

## Der Tag der Frauen.

Den Auftakt zu den Verhandlungen des Parteitags bildet die heute zusammen-tretende Frauenreichskonferenz, das Parlament der deutschen sozialdemokratischen Frauen in der Tschechoslowakischen Republik. Wenn auch, wie in dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag erzählt wird, die Frauen nur ein Viertel der organisierten Mitgliedschaft unserer Partei darstellen, so bilden sie doch einen so wichtigen Bestandteil der Arbeiterbewegung, daß auch das Interesse der männlichen Parteimitglieder sich der Frauenreichskonferenz zuwendet.

Auch die sozialdemokratische Frauenbewegung hatte im verflochtenen Jahre mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie die Partei selbst. Durch die Abspaltung der Kommunisten ist ein Teil der weiblichen Parteimitglieder verloren gegangen, die deutsche sozialdemokratische Frauenbewegung wurde geschwächt. Aber so wie die Gesamtpartei seit einem halben Jahre bereits in den Prozeß der inneren Festigung getreten ist, und die Arbeit in den Parteiorganisationen allen Genossen eine größere Freude bereitet, seitdem kommunistische Wählerarbeit an den Grundlagen der Arbeiterbewegung nicht mehr rüttelt, so haben auch die Frauenorganisationen die Krise hinter sich und eine der Aufgaben der Frauenreichskonferenz ist es, den lokalen Frauenorganisationen, den Frauenbezirks- und Kreiskomitees Richtlinien zu geben, nach denen diese Arbeit weiter geleistet werden soll.

Die wichtigste Frage, die auf der Frauenreichskonferenz zur Beratung steht, ist der Punkt 3 der Tagesordnung: „Die Tätigkeit der Frauen in der gemeinsamen Organisation“. Damit wird ein altes Organisationsproblem der Arbeiterbewegung in den Vordergrund der Diskussion gerückt. In der Zeit, da die Frauen noch keinerlei politische Rechte hatten, da sie ebenso wenig wie Unmündige und Schwachmüchtige Mitglieder eines politischen Vereins sein konnten, gab es eigene Frauenorganisationen, in denen die Frauen selbständig ihre Agitations- und Ausklärungsarbeit leisteten. Der Teplitzer Parteitag hat in dem von ihm beschlossenen Organisationsstatut mit dieser Einrichtung gebrochen und die gemeinsame Männer- und Frauenorganisation begründet. Trotzdem waren sich die Delegierten des Teplitzer Parteitages bewußt, daß die Agitation unter den Frauen in besonderer, den wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der proletarischen Frauen angepaßter Weise durchgeführt werden muß. Deshalb wurde in Teplitz die Möglichkeit der besonderen politischen Betätigung der Frauen offen gelassen, indem die Frauen das Recht erhielten, innerhalb der Parteiorganisation Frauensektionen zu bilden, in welchen den Frauen Gelegenheit geboten ist, ihre besondere Arbeit innerhalb der Partei zu leisten und damit der gesamten Arbeiterbewegung zu dienen. Allein nicht überall haben die Frauen von diesem Recht, das ihnen das Organisationsstatut gibt, Gebrauch gemacht und deswegen wird der Frauenreichskonferenz in Teplitz der Antrag vorgelegt werden, daß die Parteiorganisationen nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, Frauensektionen zu bilden. Dadurch werden also die Frauen jene Selbständigkeit erhalten, die sie zur Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter dem weiblichen Proletariat brauchen, andererseits aber bleiben sie weiter im Rahmen der gemeinsamen Organisation, die alle Aufgaben durchzuführen hat, welche den organisierten Männern und Frauen eben gemeinsam sind. Wenn dieser Beschluß überall zur Verwirklichung gelangt, dann ist zu hoffen, daß unsere Frauenbewegung Stärkung und neuen Aufstiegs

## Englands Arbeiter zu den internationalen Problemen.

Für Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. — Gegen die Friedensverträge. — Für die Abänderung der Reparationsbedingungen für Deutschland.

Berlin, 9. Dezember. (Eigenbericht des Sozialdemokraten.) Am 8. Dezember fand in London eine Konferenz statt, die vom vereinigten Nationalkomitee einberufen und von den Gewerkschaften der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Arbeiterfraktion gebildet worden war. Die Konferenz befaßte sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit und den internationalen Problemen. In einer allgemeinen Resolution wurde festgestellt, daß die englischen Arbeiterorganisationen die Frage der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Lage zum großen Teil auf die internationale Politik der britischen Regierung zurückführen, namentlich gegenüber Rußland und Mitteleuropa und daß eine vollständige Umkehr von dieser Politik im Interesse der englischen Lohnempfänger notwendig ist. Sodann gelangte eine Resolution zur Verhandlung, die den Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit in England und der Hungersnot in Rußland hervorhebt, dem russischen Proletariat die Sympathien der englischen Arbeiterklasse und deren Hilfe zusichert und als Ursache der Hungersnot nicht allein die unglückliche Witterung, sondern auch die lokale Politik der englischen Regierung und

ihre Weigerung, mit Rußland Handel zu treiben, bezeichnet. Es wurde von der Regierung gefordert, die Notleidenden in Rußland zu unterstützen und ferner den Handel mit Rußland sofort wieder aufzunehmen. Eine dritte Resolution beschäftigte sich mit der Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages. Die Konferenz verurteilt feierlich die auswärtige Politik der Regierung seit dem Waffenstillstand als in weitem Maße für die gegenwärtigen Verhältnisse der englischen Industrie verantwortlich weist besonders auf eine Reihe von Tatsachen hin, die eine direkte und katastrophale Wirkung auf den englischen Arbeitsmarkt gehabt haben. Insbesondere wird eine Abänderung der Reparationsbedingungen für Deutschland verlangt. Die Regierung wird aufgefordert, eine Aktion zur Stabilisierung der Währung einzuleiten und Schritte zu unternehmen, jene territorialen und wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Friedensvertrages zu revidieren, die eine bewaffnete Okkupation des größten Teiles von Mitteleuropa notwendig machen.

## Finanzielle Verhandlungen mit Oesterreich.

Prag, 9. Dezember. Die Verhandlungen mit Oesterreich über finanzielle Fragen wurden heute begonnen. Die österreichischen Delegierten, Ministerialrat Dr. Mann, Ministerialrat Dr. Barisch und Richter Dr. Manda sind am 8. September in Prag angekommen. Sie wurden am Bahnhof in Vertretung des Ministeriums des Aeußern vom Legationsrat Dr. Dvoracek, des Finanzministeriums vom Ministerialrat Dr. Sladky und der österreichischen Gesandtschaft, Legationsrat Herdold und Attachee Zeileisen begrüßt. Heute vormittags wurden die österreichischen Delegierten vom Finanzminister empfangen, worauf im Finanzministerium unter Vorsitz des ersten Sektionschefs Dr. Blazal sofort eine gemeinsame Beratung mit den tschechoslowakischen Delegierten stattfand. Bei dieser ersten Beratung wur-

den die Verhandlungsgegenstände festgelegt und eine allgemeine Debatte darüber abgeführt. Es sind dies vor allem die Frage der Depositionen, der Bezeichnung und Herausgabe der Vorkriegsrenten, der Modifizierung des Vorganges bei der Einbringung von Renten, weiters der Zahlung der gegenwärtigen Forderungen, die auf alle Kronen lauten und die Verlängerung der Gültigkeit des Vertrages über das Ruhen von Stritten über alte Kronen-Forderungen. Ueber die Verhinderung der Doppelbesteuerung wird später beraten werden, bis die betreffenden österreichischen Vorschläge entressen. Morgen beginnen die meritorischen Verhandlungen.

erfährt, daß neue Freude, neue Arbeitslust die Frauen, die schon der Partei angehören, erfassen wird.

Von Bedeutung wird auch die Aussprache der Delegierten der Konferenz über einen weiteren Punkt der Tagesordnung werden: „Der politische Kampf um die Frauen.“ Während in den stürmischen Revolutionstagen von 1918 und 1919 in vielen Frauen, die bisher dem politischen Leben gleichgültig gegenüber gestanden hatten, Klassenbewußtsein und Klassenkenntnis gewedt wurden, hat die allgemeine politische Teilnahmslosigkeit, die mit einer Folge der Zerstückelung der Kommunisten ist, vielfach auch die Frauen ergriffen. Deswegen haben die bürgerlichen Parteien und insbesondere die Christlichsozialen heute leichteres Spiel als noch vor zwei Jahren, unter den Frauen des Proletariats wieder ihre Agitationsarbeit zu entfalten. Der Kampf gegen die bürgerliche Frauenbewegung und insbesondere gegen die kirchlichen Seelenfänger muß mit größerer Energie geführt werden als bisher, um die Frauen den Einflüssen der Kirche zu entziehen, ihnen die Augen zu öffnen über ihre Lage, ihr Klassenbewußtsein zu wecken und sie zu verlässlichen Kämpferinnen

für die große und heilige Sache des Sozialismus zu machen. Auch die Notwendigkeit der Gewerkschaften und der Genossenschaften müssen die proletarischen Frauen immer mehr erkennen und insbesondere auf genossenschaftlichem Gebiete zur Stärkung der Gesamtarbeiterbewegung beitragen.

Wir begrüßen daher die heute stattfindende Frauenreichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf das herzlichste und wünschen ihren Verhandlungen im Interesse der Arbeiterbewegung den besten Erfolg. Möge die Sache des Sozialismus unter den Frauen neue Anhänger gewinnen! Die Frauen haben die drückende Last der kapitalistischen Ordnung in den letzten Jahren noch furchtbarer empfunden als die Männer, sie haben die eigene Not und die Not ihrer Kinder im Kriege und in der Nachkriegszeit voll But und Erbitterung mit ansehen müssen. Diese Erbitterung, die aus der Anschauung des täglichen Lebens erschlossen ist, muß nun umgewandelt werden in sozialistische Erkenntnis, in die Erkenntnis der Notwendigkeit, daß nur die Organisation der proletarischen Frauen, der gemeinsam von beiden Geschlechtern geführte Klassenkampf, der gemeinsamen Not ein Ende setzen kann!

## Freiheit für die Dezember-Verurteilten!

Gestern war der Jahrestag des kommunistischen Dezemberputsches. Die kommunistische Presse und die Presse der tschechischen Sozialdemokraten feiert diesen traurigen Gedenktag in eigenartiger Weise. Das „Rude Pravo“ bringt aus der Feder Ivan Olbrachs — das ist jener Herr, der beim Ausbruch des Putsches sich in einige Entfernung von Prag zurückzog — einen besinnungslos wütenden Artikel: „Sie mordeten uns; zerstückten uns mit den Kolben ihrer Gewehre die Schädel; zu tausenden führten sie uns (das schreibt ausgerechnet Herr Ivan Olbrach!) in Ketten in den Kerker; sie nahmen uns das Kbdach weg und beraubten uns um unser Eigentum. Und doch sind die Dezembertage des Jahres 1920 Tage des revolutionären Sieges und des proletarischen Heils. Denn auch wir haben uns geschlagen. Und wir haben uns glorreich geschlagen. Die Dezembertage waren keine Niederlage. . . Das tschechoslowakische Proletariat hat vor einem Jahre gezeigt, daß es sich nicht verflaven läßt. . . Es kommt wieder ein Dezember. Und noch ein glorreicherer. Wir zertreten die Bourgeoisie!“ Während also das „Rude Pravo“ in der Erinnerung an die Dezembertage nichts anderes als diese kraftmeierischen Worte eines kommunistischen Klausenmachers vorzubringen weiß, gefällt sich das „Pravo Lidu“ wieder darin, sich in die tugendhafte Brust zu werfen und in einigen Artikeln ihrer Morgen- und Abendausgabe zu beteuern, daß es und seine Partei nicht so verworfen ist wie jene. Und es druckt Dokumente ab, die darthun sollen, wie verbrecherisch die Kommunisten damals vorgegangen. In die Opfer dieses Dezemberputsches, an die armen Menschen, die nun schon seit einem Jahre hinter Kerkermauern schmachten, aber denkt niemand. Und während die beiden Parteien bemüht sind, die Erinnerung an die Dezemberereignisse parteipolitisch auszunützen, reißt sich die Bourgeoisie, deren reaktionäre Mühlen von beiden Seiten so eifrig mit Wasser gespeist werden, freudig die Hände.

Allen fühlenden Menschen muß der Jahrestag des Dezemberputsches ein anderes Bild vor Augen führen: die Erinnerung an die gequälten Menschen, welche als Opfer dieser Ereignisse in die Kerker des tschechoslowakischen Staates wanderten und von denen bis heute noch ein großer Teil sich dort befindet. Es muß ihnen die Erinnerung zurückrufen an die Schreckensurteile, die über diese Menschen, „Schuldige“ wie Unschuldige, gefällt wurden, Urteile, die in ihrer Härte und Grausamkeit offenkundig das Rachegefühl der erschreckten Kapitalistenklasse zum Ausdruck brachten. Bis nun hat sich außer den deutschen Sozialdemokraten und vereinzelt vernünftigen Stimmen der Kommunisten noch niemand gefunden, der für die Befreiung dieser armen Menschen ein Wort bereit gehalten hätte. Obwohl sie von Ausnahmsgerichten verurteilt, also ihren ordentlichen Richtern entzogen wurden und obwohl diese Urteile offenkundig den Charakter von Klassenurteilen an sich tragen, hat es die tschechische Sozialdemokratie bis heute noch nicht über sich gebracht, den parteipolitischen Haß zurückzustellen und ihren Einfluß zur Befreiung der Qualen dieser eingekerkerten Menschen in die Waagschale zu werfen. Wohl wurden eine Anzahl der Verurteilten in der letzten Zeit begnadigt, aber das man es nicht fertig bringt, großherzig und einsichtig eine völlige Amnestie durchzuführen, ist ein Zeichen, wie sehr die Reaktion in diesem Staate oben auf ist und welche Unfähigkeit die Regierenden erfüllt, der kommunistischen Bewegung anders gegenüber zu treten, als durch die Schrecken des Kerkers.

Man muß sich fragen, was die Regierenden durch das Festhalten an den Ausnahmsurteilen eigentlich bezwecken. Wollen sie ein- schüchtern und wirken? Wie töricht, zu glauben, daß man Bewegungen, wenn sie wirklich im Volke wurzeln, durch Polizei und Ausnahmsgerichtsbarkeit einzudämmen vermag! Wollen die Regierenden die Opfer der Dezem-

Verbrechen strafen? Da muß schon gesagt werden, daß für das, was begangen wurde, es der „Strafe“ längst genug ist und es zeigt von Kurzsichtigkeit und Einsichtlosigkeit, wenn man das, was in jenen erregten Tagen von den Massen begangen wurde, nicht aus den Zeitverhältnissen und Wirren der Nachkriegszeit heraus, sondern nur vom bornierten Volkswirtschaftler aus, zu beurteilen imstande ist. Oder will man gar die Verurteilten durch die Dauer der Kerkerstrafe bessern oder läutern? Ueber die Widerständigkeit dieser Betrachtungsweise braucht man nicht ein Wort zu verlieren, denn man kann annehmen, daß selbst die Regierenden im Staate zu begreifen imstande sind, daß der Kerker ein schlechtes Er-

ziehungsmittel zu staatsbürgerlicher Gesinnung darstellt. Es wäre wahrlich an der Zeit, dieses traurige Kapitel der sozialen und Rechtsgeschichte des Staates endlich durch Befreiung der Verurteilten auszuwischen! Die Herrschenden sehen nur die Neugierungen der Parteizeitungen und wissen nichts von der wahren Stimmung der arbeitenden Bevölkerung. Wenn sie in diese einen Einblick gewinnen könnten, würden sie sehen, daß es in der deutschen wie in der tschechischen Arbeiterschaft nur eine Meinung gibt: daß es ein Gebot der Einsicht und Gerechtigkeit wäre, den Opfern der Dezemberjustiz endlich die Freiheit zu geben!

## Auflösung des Außenhandelsamtes. Gesundheitszuschüsse zu den direkten Steuern.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, die gegen ihr Ende recht lebhaft verlief, wurden die Gesetze über die Auflösung des Außenhandelsamtes und über die Gesundheitszuschüsse zu den direkten Steuern auch mit den Stimmen unserer Partei in erster Lesung angenommen. Die Deutschbürgerlichen haben sich nicht auf einen Christlichsozialen bei der Abstimmung über die Gesundheitszuschüsse zu den direkten Steuern einfach gedrückt. Wenn durch das Gesetz die Not der Spitäler überhört nicht ganz beseitigt wird, so werden hoffentlich doch die krassesten Mängel in der öffentlichen Krankenpflege verschmälert. Ueber die Notwendigkeit des Auflösung des Amtes ist kein Wort mehr zu verlieren. Die slowakischen Merkmalen und die tschechische Mehrheit benütigen die Gelegenheit einer Plenarsitzung, um ihrem noch siedenden gegenseitigen Groll freien Lauf zu lassen. Besonders tat sich der hochwürdige Abgeordnete Juriga hervor, der einem zur Nächstenliebe mahnenden Zwischenruf eindringlich erklärte, bei Krankenhausabstimmungen seinen priesterlichen Charakter in den des Abgeordneten zu wandeln. Auch die Gewerbetreibenden warfen ihr Kleinbürgerliches Herz dem Gesundheitsausschusse entgegen. — Am Schluß der Sitzung wurden in aller Schnelligkeit fünf Gesetzentwürfe in zweiter Lesung angenommen.

Präsident Tomášek eröffnet die Sitzung um halb 2 Uhr. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Gewerbeausschusses und des Außenhandelsamtes über die Aufhebung des Amtes für Außenhandel.

Der Berichterstatter des Gewerbeausschusses Abgeordneter Slabíček erklärt, daß die Errichtung des Außenhandelsamtes seinerzeit eine Notwendigkeit war um insbesondere die Nachbarstaaten, die über die Tschechoslowakei wenig unterrichtet waren, über die Entwicklung und Fähigkeiten unserer Volkswirtschaft zu informieren. Das Amt hat seine Pflicht erfüllt. Nur deshalb, weil seine Tätigkeit vielfach die gleiche wie die des Handelsministeriums in Angelegenheiten des Außenhandels ist, könne der Auflösung des Amtes zugestimmt werden. Der Berichterstatter fordert, die Verbesserung des provisorischen Zolltarifs nicht zu verzögern und die Handelsverträge mit den Nachbarstaaten in Wälde zu einem Abschluß zu bringen. Abg. Slabíček weist auf eine im Außenhandelsamt angenommene Resolution des Abgeordneten Dr. Kassa hin, in der die Regierung aufgefordert wird, alle Verordnungen zu beseitigen, durch welche Ein- und Ausfuhr beengt wird, denn durch jene wird der Produktion und dem Konsum geschadet. Berichterstatter beantragt, diese Resolution zur Durchberatung dem Gewerbeausschusse zuzuwenden.

Abgeordneter Koudelka als Berichterstatter des Außenhandelsamtes führt aus, daß zwei Ämtern des Außenhandelsamtes, der Berichtserstattungsamt und die handelspolitische Abteilung, dem Außenministerium übertragen werden. Die Regierung trägt sich mit dem Plan, für diese beiden Ämtern ein eigenes Amt nach fremdlandlichem Beispiel zu errichten. Im übrigen stimmt der Berichterstatter mit dem Berichterstatter des Gewerbeausschusses überein.

In der darauffolgenden Debatte beteiligen sich die Abgeordneten Böhr (deutsch, Christl.-Soz.) und Páňhřil (Gewerbep.), welche letzterer die Schäden aufzeigt, die das Außenhandelsamt der Republik durch die Ausfuhrzuschüsse zugefügt habe. Weiters fordert der Redner die Erparungskommission, die Liquidierung des ausbleiblich überflüssigen Ernährungsministeriums und die Vereinigung der Eisenbahn- und Postministerien und des Ministeriums für soziale Fürsorge und des Gesundheitsministeriums.

Der Berichterstatter Abg. Slabíček reagiert ausführlich auf die Ausführungen der Abgeordneten Páňhřil und Böhr. Nach einer Erklärung des Berichterstatters des Außenhandelsamtes Abgeordneter Koudelka wurde zur Abstimmung des Gesetzentwurfes über die Auflösung des Außenhandelsamtes geschritten. Das Gesetz wurde in erster Lesung angenommen.

### Gesundheitszuschuß zu den direkten Steuern.

Darauf wurde über den Bericht des Gesundheits- und Budgetausschusses über den Regierungsentwurf des Gesetzes betreffend die Aushebung eines Gesundheitszuschusses zu den direkten Steuern, welche den staatlichen Zuschüssen unterworfen sind, und über die Schaffung eines öffentlichen Fonds zur Unterstützung der öffentlichen Krankenhäuser und Heilanstalten in der Republik verhandelt.

Der Berichterstatter des Gesundheitsausschusses Abg. Johánis (tschech. Soz.-Dem.) wünscht, daß der achtprozentige Gesundheitszuschuß, der bisher nur für das Proceer allgemeine Krankenhaus vorgeschrieben war, auf alle Krankenhäuser der Republik ausgedehnt werde. Die Zahl von 157 Krankenhäusern und 25.408 Betten ist im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer besonders in Südböhmen und der Industriebezirke unzureichend. Die Krankenhäuser können ihre Verpflegskosten nicht derart erhöhen, daß ihre Ausgaben gedeckt werden. Dann wird es z. B. den Besten unmöglich gemacht, die chirurgischen Pavillone zu beziehen. Die staatliche Administration soll sich um eine bessere Ausstattung unserer Krankenhäuser kümmern. Besonders wichtig ist die Ausgestaltung von Tuberkulose- und Gekröppelpavillons. Deshalb ist es unsere Pflicht, die für diese Dispositionen nötigen Mittel dem Ministerium zu geben.

Berichterstatter des Budgetausschusses Abg. Kasiš (tschech. Soz.-Dem.) führt aus: Der Gesundheitszuschuß wird der Grund-, Haus-, Klassen-, der Hauszins-, der allgemeinen Erwerbs- und der Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und der Rentensteuer zugeschlagen. Man nimmt an, daß diese Steuern im nächsten Jahre 219—225 Millionen ergeben werden. Diese achtprozentige Steuer gilt nicht für Prag und Umgebung, wo sie bereits in Kraft war. Die Regierung hat nach einem Jahr das Recht, den Zuschuß in den weiteren Jahren zu ermäßigen oder bis zu zehn Prozent maximal zu erhöhen. Den Ertrag dieses Zuschusses schätzt der Budgetausschuss auf 18 Millionen Kronen.

Abg. Bobel (slow. Volksp.) begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf, aber stimmt nicht mit der Art und Weise überein, mit der das Ziel erreicht werden soll. Dadurch soll in der Slowakei eine Erhöhung der Gesundheitssteuer von fünf auf acht Prozent durchgeführt werden. Dagegen wird sich das Volk wehren. Bei dieser Gelegenheit wendet sich der Redner fest gegen den Zentralismus der Regierung, von bekräftigenden Juristen Juriga unterstützt. Seine Partei wird nicht für den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Palek (tschech. Agr.) stimmt im Namen seiner Partei für die Vorlage. Denn das Erparungssystem darf nicht auf Kosten der Hygiene der Bevölkerung durchgeführt werden. Auch im Interesse der Errichtung von Infektionspitälern ist dieser Zuschuß notwendig.

Abg. Rajman (Gewerbep.) erinnert an das seinerzeitige Versprechen der Regierung, keine neuen Steuern mehr auszusprechen. Er sieht wohl die Notlage unseres Spitalwesens ein, könne jedoch den neuen Vasten, die den Klein- und Mittelbetrieblern und Kleinbauern aufgebürdet werden sollen, nicht zustimmen. An einigen Beispielen versucht der Redner, die unsinnige Besteuerungsart aufzuzeigen. Während seiner Rede kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien und den Gewerbetreibenden.

Abgeordneter Petrowitzki (tschech. Nat.-Dem.) wirft der Gewerbetreibendenpartei Inkonsequenz vor, da sie im Ausschusse erklärte, den Krankenhäusern helfen zu wollen und nun habe ihr Vertreter nur um die Vereinbarung des Klubs zu mahnen, gegen das Gesetz gestimmt.

Der Berichterstatter Abgeordneter Johánis widerlegt die Vorwürfe der slowakischen Abgeordneten. Gerade die Slowakei kann sich nicht darüber beklagen, daß sie hinsichtlich der sozialen Dinge irgendwie vernachlässigt worden ist.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters Abg. Kasiš wurde die Vorlage des Zusatzgesetzes mit den Stimmen der Regierungsparteien, der deutschen Sozialdemokraten, Kommunisten und eines deutschen Christlichsozialen in erster Lesung angenommen. Während der Abstimmung wurde der Abgeordnete Wavra vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er die Abstimmung störte.

Darauf wurden die Resolutionen der Abgeordneten Chalupa und Páňhřil angenommen.

In zweiter Lesung wurden angenommen:

1. Der Gesetzentwurf, der sich auf die Erlaubnis der Enteignung einiger Grundstücke der Stadt Friedek bezieht.

2. Der Gesetzentwurf, durch welchen die Frist zur Organisation ordentlicher Gerichte erster und zweiter Instanz für die Bezirke der Gerichtsinstanzen in Preßburg und Kaschau verlängert wird.

3. Der Gesetzentwurf, durch welchen die Dauer zur Durchführung gewisser Veränderungen in einigen Bestimmungen der bisherigen Gemeindeordnungen bis zum Ende des Jahres 1922 verlängert wird.

4. Der Gesetzentwurf über die Verlängerung der weiteren vorläufigen Erhöhung der Versorgungsgehälter der Bergarbeiter (auch mit den Stimmen der deutschen Sozialdemokraten).

5. Der Gesetzentwurf, in welchem der Handelsvertrag vorgelegt wird, welcher zwischen der Tschechoslowakei und dem Königreiche Rumänien am 23. April 1921 abgeschlossen wurde.

Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses wies die Anträge zurück, die Debatte über eine dringliche Interpellation des Abgeordneten Vellek und Genossen und Kurich und Genossen wurde eröffnet.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 15. d. M. um 13 Uhr statt.

## Aus den Ausschüssen.

### Kulturausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses erklärte sich Genosse Dr. Politischer für die vorgeschlagene Verlängerung der Weihnachts- und Osterferien, ebenso für die Aufhebung der Feriellage an den drei Marienfesttagen und den Landespatronatagen. Er spricht sich dafür aus, daß die Hauptferien nicht einheitlich geregelt werden sollen, sondern daß die Bezirksschulräte je nach den klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Bezirkes die Ferienzeiten festlegen sollen. Nach den Vertretern der Parteien sprechen die Vertreter der Ministerien, schließlich der Berichterstatter Erdínko. Er meint, daß die Regierung zu sehr den Standpunkt der Lehrer und Professoren vertritt, die Ferien seien aber in erster Linie für Kinder da. Er stellt sich in allen Punkten ungefähr auf denselben Standpunkt, den unsere Genossen vertreten. Bei der Abstimmung erklärt sich auch die Mehrheit mit diesem Standpunkt einverstanden. Zum Schluß befaßt sich der Berichterstatter, daß sich das Ministerium für Volkserziehung zu wenig um die Beschlüsse des Ausschusses bekümmert. Hierauf wird über den Antrag Souser beraten, der verlangt, daß die Kosten des sachlichen Aufwandes für die Volksschulen vom Staate getragen werden und das Schulgeld gesehlich abgeschafft wird. Für diesen Antrag spricht sich von unserem Klub Hillebrand aus. Bei der Abstimmung wird der Antrag Souser abgelehnt und ein Antrag Lulabek angenommen, dem sich nach Ablehnung seines Antrages auch Souser anschließt, daß die Regierung aufgefordert wird, in das Budget für 1923 den notwendigen Betrag einzusetzen, um den Sachaufwand der Volksschulen auf den Staatsaufwand zu übertragen.

### Budgetausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses stand eine Beitragsleistung des Staates zum Straßenbau von der Oberbrücke zum Bahnhof in Fistebnitz zur Verhandlung. Genosse Hadenberg erhob gegen die Durchführung der Verhandlung Einspruch, weil die Vorlage den Verkehrsausschuß noch nicht passiert hat. Wenn sich die Praxis einbürgern würde, daß über solche Vorlagen im Budgetausschusse verhandelt wird ohne die Fachausschüsse zu hören, dann würden letztere überflüssig werden und brauchen nicht zu fungieren. Deshalb stellte Genosse Hadenberg den Antrag, zuerst das Gutachten des Verkehrsausschusses über diese Vorlage einzuholen. Der Vorsitzende trug diesem Verlangen Rechnung, bis ein Bericht des Verkehrsausschusses vorgelegt wird.

In der Regierungsvorlage 3183 wird ein Kredit aus Staatsmitteln von 100 Millionen für das Jahr 1922 behufs Deckung der Abblösegelder an das staatliche Bodennamnt verlangt. Hadenberg wen-

det sich gegen dieses Gesetz, weil bisher kein Arbeitsprogramm des Bodennamntes vorliegt und uns jede Möglichkeit der Einsichtnahme über die Tätigkeit des Amtes versagt ist. Wir stehen dieser Vorlage mit größtem Mißtrauen gegenüber. Genosse Dietl spricht ebenfalls gegen das Gesetz und geißelt, daß die Art und Weise, in der die Ausgaben und Einnahmen auf Rechnung dieses Kredites anzuwenden sind, im Verordnungswege geregelt werden sollen. Durch diese Methoden, die zu einer ständigen Einrichtung werden, ist der Einfluß der parlamentarischen Körperschaften ausgeschaltet. Weiters verweist er auf den Notwendigkeit, laut welchem 400 Beamte angestellt werden sollen, zu welchem Zweck 25 Millionen vorgezogen sind. Er fragt, ob die Erparungskommission sich bereits mit diesem Gesetze beschäftigt hat, weil es nützlich wäre, auch deren Gutachten zu hören. Weiters verweist er auf die Durchführung der Bodenreform, insbesondere bei den großen Gutbesitzern, wo auf die Existenz der dort beschäftigten Beamten und Arbeiter keine Rücksicht genommen wird. Trotz aller Einsprüche wird das Gesetz unverändert angenommen.

Es wird ferner noch erledigt die Pupilsicherheit der Teilschuldverschreibungen für Mähren und die Verlängerung des Gesetzes über die Unterhaltsbeiträge für Familien der aktiven Militärdienst leistenden Personen. Zu diesem Gesetze nimmt Hadenberg Stellung und verlangt energisch, es möge entweder die Regierung eine besondere Vorlage zur Regelung der Unterhaltsbeiträge vorlegen oder es möge der Entwurf, den unser Klub eingebracht hat, zur Grundlage der Beratung und Erweiterung des Gesetzes genommen werden.

## Der Ausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe

verhandelte in der heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Wlach den Regierungsentwurf über die Kreditaktion für die Gewerbeverbände. Die Regierungsvorlage wurde in dem Sinne angenommen, daß der gewährte Kredit auf fünfzig Millionen Kronen erhöht wird und sich auf alle Zweige des gewerblichen Genossenschaftswesens bezieht. Berichterstatter über die Regierungsvorlage war Abg. Retolitz, dann erstattete Abg. Kziž den Bericht über die Regierungsverordnung bezüglich der Liquidation der Staatsgetreideanstalt, der vom Ausschusse genehmigt wurde.

## Inland.

Der veruneinigte parlamentarische Verband. Mit großer Regelmäßigkeit erhebt sich in gewissen bürgerlichen Blättern ungefähr jede vierzehn Tage die Klage, daß die deutschen Sozialdemokraten mit den Deutschbürgerlichen nicht auf einer politischen Linie marschieren. Die bürgerlichen Parteien täten aber viel besser daran, erst die Einigkeit untereinander herzustellen. Wie gut die Herren miteinander stehen müssen, beweist wieder ein Artikel des „enfant terrible“ des parlamentarischen Verbandes, des Abgeordneten Dr. Lehner, der seinem Verbandsgenossen Spina wegen seiner jüngsten Rede im Abgeordnetenhaus sogar Verrat vorwirft. Er schreibt: „Für mich aber ist diese Methode ein Verrat an unseren Programmklärungen, die alle Parteien des parlamentarischen Verbandes bei ihrem Eintritt in das Nationalitätenhaus abgegeben haben.“ Lehner beklagt sich insbesondere, daß es gerade ein „Lehrer deutscher Jugend, ein Bildner besserer Zeit“ ist, der sich, wie er glaubt, in seiner Rede so sehr an die Tschechen angelehnt hat. „Als selbst bewußte Deutsche müssen wir protestieren“ — das Protestieren scheint die Hauptbeschäftigung des Herrn Lehner zu sein — „daß ein deutscher Hauptredner in solcher Weise die Grundlagen unserer Politik zu verabschieden trachtet.“ Wir sind wahrhaftig die Erben des alten Oesterreich. Wir haben den alten österreichischen Obrigkeitstaat beibehalten, den österreichischen Nationalitätenverband und auch der Nationalverband im österreichischen Abgeordnetenhaus, in dem der eine sah, der andere stand, feiert im deutschen parlamentarischen Verband seine fröhliche Urständ. Und dabei glauben die Herrschaften noch, daß wir uns schenken, in eine ihre Gesellschaft hineinzufommen.

Die Slowakei hat schon wieder, wie die „Vidove Noviny“ schreiben, ihren politischen Skandal. Der ehemalige Leiter des Tagblattes „Slovensky v Bychod“, Kudlacz, wurde dem Kaschauer Gerichtshof eingeliefert. Kudlacz wurde von dem Polizeibeamten Pongracz von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh verhört, trotzdem der Polizeiarzt feststellte, daß Kudlacz sich in einem hochgradigen Fieberzustand befindet, der zeitweise 39 Grad erreichte. Es wurde ihm mit der Einkerkelung gedroht, wenn er nicht die Bücher des „Slovensky Bazars“ usw. ausliefern. Die Kaschauer Polizei hatte trotz des Drudes bekannter Prager Faktoren durch vier Wochen es abgelehnt, gegen Kudlacz einzuschreiten. Schließlich setzten der Chef der Presseabteilung des Ministerratspräsidiums in Prag Ebl und der Direktor des tsch.-sl. Pres-

bureau Kolman unter unterhördeter Begleitung umstände die Verhaftung Kudlacs durch Kudlacz war zum Leiter und Herausgeber des „Slovensky Vyhod“, einem offiziellen Regierungsblatt, ernannt worden, das eine Privatgesellschaft „Patria“ im Auftrage der Regierung übernahm. Kudlacz wurde von Polizeiorganen aus dem Besitze des Unternehmens hinausgedrängt und ohne gerichtliches Urteil als Firmeninhaber aus dem Handelsregister gestrichen. Der Chef der Presseabteilung des Ministerpräsidentiums, Ebl, behauptet in einer Mitteilung des tschechoslowakischen Pressbüros, daß die strafrechtliche Untersuchung gegen Kudlacz wegen Veruntreuung eingeleitet wurde. Was hinter der ganzen Affaire steckt, wird wohl die gerichtliche Untersuchung erweisen. Die „Libove Robin“, also ein Blatt, das der Regierungsmehrheit angehört, schreibt, daß die Presseheilung des Ministerpräsidentiums „nach Korruption riecht“. Es ist sehr notwendig, daß in der eigenartigen Verhältnisse in der Slowakei, in der eine Diktatur der Behörden herrscht, Licht gebracht werde.

### Der Kohlenreferent des Prager „Tagblatt“.

Der der politischen Bezirksverwaltung Karlsbad zugehörige Bezirkshauptmann Herr Dr. Karl Uhlík, veröffentlicht im „Prager Tagblatt“ periodische Berichte über den heimischen Kohlenmarkt. Diese Berichte waren schon wiederholt Gegenstand von Polemiken in dem Nachblatte „Mlad-Auf“, und hatten immer die Wirkung, daß die Welt einige Zeit von den „fachmännischen Artikeln“ des Herrn Dr. Uhlík verschont blieb. Aber er kommt immer wieder und fordert immer wieder neue Artikel heraus. Alle Welt wird fragen, wie kommt der Karlsbader Bezirkshauptmann dazu, Fachmann in der Kohlenwirtschaft zu sein. Nun in erster Linie ist es bei dem Herrn ein Sport. Die andere Leute nach ihrem Dienste angehen, jagen, fischen, rodeln, setzt sich der Herr Dr. Uhlík hin und studiert, das muß anerkannt werden, sehr fleißig die Listen über die Wagonbelegungen, aus denen man sich bei uns am raschesten und kürzesten über die Steigerung oder das Sinken der Produktion informieren kann, holt sich bei den Bergwerksbesitzern und bei den Kohlenrohnhändlern noch weitere Daten und bildet sich daraufhin sein Urteil. Es wird wohl beim Herrn Dr. Uhlík mehr als ein Sport sein, denn erstens ist allen seinen Artikeln eine gewisse Tendenz anzusehen, die Grubenbesitzer zu rehabilitieren, bzw. sie mit seiner fachmännischen Kritik zu verschonen, dafür umso heftiger aber die Bergarbeiter als die allein Schuldtragenden Faktoren der Kohlenkrise hinzustellen. Früher hat er öfters sehr scharf die staatliche Kohlenbewirtschaftung bekämpft, seitdem diese aber aufgehoben ist, scheint er kein anderes Angriffsobjekt zu besitzen als die Bergarbeiterlöhne. In seinem Artikel im „Prager Tagblatt“ vom 7. Dezember 1921 versucht Herr Dr. Uhlík nachzuweisen, daß mit der vollständigen Aufhebung der Kohlensteuer den Revieren noch nicht geholfen ist, daß die Gesteinskosten herabgesetzt werden müssen, oder die Reviere aufheben zu existieren. Unter Gesteinskosten versteht nämlich dieser ausgezeichnete Fachmann nur die Löhne der Bergarbeiter. Er sagt das auch ganz offen heraus, daß die Strauer Bergarbeiter mit ihrer Forderung nach Aufrechterhaltung der alten Gebinde gegen höhere Gewalt kämpfen und daß ihr Widerstand kräftlos zerbrechen muß. Wie ein geschickter Jongleur versucht er mit einer Masse teils richtiger, teils unrichtiger Ziffern seine Behauptungen zu beweisen. Aus

seinen vielen falschen Ziffern nur einige bemerkenswerte Beispiele. Er beziffert die Preise unserer Steinkohle per 10 Tonnen von 3700 bis 4100 Kronen ganz richtig und sagt weiter, daß in dem Preise für einen Waggon Steinkohle 750 bis 850 Kronen Kohlensteuer stecken. Die 30%ige Kohlensteuer allein ohne Umsatzsteuer und ohne andere Erwerbsteuern, die auf Steinkohle laftet, beträgt jedoch 750 bis 960 Kronen per 10 Tonnen. Er sagt weiter, daß sogar die Polen die Kohlensteuer auflösen wollen, um billiger nach der Tschechoslowakei zu verkaufen, während in Wirklichkeit die Polen die Kohlensteuer erst einführen wollen. Er sagt weiter, daß 10 Tonnen gesiebte Ruhrkohle bei einem Markkurs von 41 nur 2200 Kronen und 10 Tonnen obereschlesische sortierte Grobkohle nur 2300 Kronen kosten. Er scheint nicht zu wissen, daß seit mehr als einem Monat deutsche Kohle nicht mehr in Markt, sondern nur in tschechoslowakischen Kronen verkauft wird, daß die deutschen Kohlenpreise mittlerweile wesentlich erhöht wurden und 10 Tonnen obereschlesischer Kohle ab Schacht heute etwa 4000 Kronen kosten. Wenn er es nicht wissen sollte, so könnte er vielleicht bei der städtischen Gasanstalt in Karlsbad anfragen. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungsorgane hat, das dürfte dem Herrn Kohlenfachmann vom „Prager Tagblatt“ ebenfalls interessieren, an das Arbeitsministerium eine Eingabe gemacht, worin darauf verwiesen wird, daß sich die städtischen Gasanstalten wegen des hohen Preises der obereschlesischen Steinkohle beschweren.

Die Kohlensteuer scheint dem Herrn Dr. Uhlík besonders am Herzen zu liegen, am 8. April 1920 schreibt er in einem Artikel des „Prager Tagblattes“ unter anderem:

„Daß eine Besteuerung des Kohlenverbrauches eine unvermeidliche, wenn auch bittere Notwendigkeit ist, dieser Erkenntnis kann sich niemand entziehen.“

Dann heißt es in demselben Artikel weiter:

„Eine Besteuerung des Kohlenverbrauches ist finanziell und technisch möglich, die Kohle trägt eine Verteuerung durch eine staatliche Abgabe, wir haben die niedrigsten Kohlenpreise der Welt.“

Dr. Uhlík hat in diesem Artikel noch mehr getan, er hat ziffermäßig nachzurechnen versucht, daß eine 30%ige Kohlensteuer möglich ist, er hat allerdings im heurigen Jahre einigemal auch gegen die Kohlensteuer geschrieben und ihre Aufhebung gefordert, aber bemerkenswert ist, daß nun just in dem Augenblick, wo verurteilt durch den Ostrauer Lohnstreik, die ganze Öffentlichkeit sich für die Aufhebung oder mindestens Herabsetzung der Kohlensteuer interessiert, ausgerechnet der Karlsbader Bezirkshauptmann Dr. Uhlík kommt und sagt: „Die Aufhebung der Kohlensteuer hilft nicht“. Dabei beträgt die Kohlensteuer genau so viel wie die Lohnkosten! Per 10 Tonnen beläuft sich bei Steinkohle die Steuer, wie schon erwähnt, 750 bis 960 Kronen, während die Lohnkosten im Ostrauer Revier im Oktober 910 Kronen betragen haben. Es wird kaum jemand annehmen, daß sich diesen Artikel der Finanzminister bestellt hat, aber wenn es der Fall wäre, Dr. Uhlík hätte auch nicht anders antworten können.

Schon oft hat dieser Herr durch seine teils richtig, teils falsch angewendeten Ziffern und durch seine fast immer verkehrten Schlussfolgerungen, die er daraus gezogen hat, der gesamten Bergbauindustrie schweren Schaden zugefügt. Mehrere Male hat er schon die Herabsetzung der Kohlenpreise angekündigt, viele Verbraucher haben ihn leider ernst genommen und darauf gewartet, die Preisherabsetzung ist nicht eingetreten, aber eine merkbare Stodung des Kohlenabfahes.

Nachdem sich nun Herr Dr. Uhlík als Spezialfachmann entwickelt, und scheinbar die Auf-

gabe hat, den Nachweis zu führen, daß die Krise im Kohlenbergbau nur durch die Herabsetzung der Lebenshaltung der Bergarbeiter behoben werden kann, werden wir uns noch öfter mit diesem Herrn beschäftigen müssen und hoffen dabei, ihm das Jonglieren mit falschen Ziffern abzugewöhnen.

### „Ein Klostergeheimnis.“

Das Plakat mit den beiden wohlgenährten, Liqueur schlürfenden Klosterbrüdern kennt wohl jeder, aber leider ist die Kunst, gute Schnäpse zu brauen, nicht das einzige Geheimnis, das sich hinter Klostermauern birgt. Da trauert manch verpfushtes Leben, manch herbe Entfaltung, Reid und Saß haben hier ihr Heim, tyrannische Herrschergewalt der Priore und Oberinnen tut sich maßlos breit, sadistisches Wüten in Strafen und Bußen, hemmungslos, auch vor Betrug und Diebstahl nicht zurückschreckender Geiz „zur größeren Ehre Gottes.“ Ein Sammelpunkt all dieser Mitleid und Lafter scheint, wenn man den „Bischöfsteiniger Bezirksnachrichten“ glauben darf, das Kloster der Schwestern vom heiligen Kreuz in Eger zu sein, und die vielen genauen Namen und Daten, welche das Blatt bringt, lassen darauf schließen, daß viele der schweren Anklagen zurecht bestehen. Sie stammen von der Kindergärtnerin Josefina Friedrich, die als „Schwester Rosmira“ vierundzwanzig Jahre hindurch mit ihrer ganzen Kraft ausgebeutet, bei jedem kleinen Fehler geschlagen und wie ein Hund (wörtlich genommen) behandelt wurde und sich endlich ihrem unheimlichen Schicksal durch die Flucht entzog. Was sie zu erzählen weiß, vermag zu erschüttern und bis aufs Blut zu erbittern. Grenzlose Verachtung erfährt einen, wenn man den Weg des Klosters von unscheinbaren Anfängen, einem vor sechzig Jahren erworbenen Mietzimmer, zum heutigen Reichtum verfolgt. Da bemühten sich Liebedienerei und Erbschleicherei um Legate von Reich und Arm, da wurden die bedenklichsten Operationen, Tausch, Kauf und Verkauf, Bezeichnungen usw. vorgenommen, um das Klostervermögen von Tag zu Tag steigend zu machen. Die frommen Schwestern, denen jetzt sechzehn Jahre lang die ehrenwerte Oberin Chlothildis Schröck vorsteht, scheuten sich nicht, armen Familien die Betten der im Spital gestorbenen Angehörigen vorzuenthalten, im Kriege das Axtar um Wäsche, Kleider und Lebensmittel zu bestehlen, kostbare Schätze an Gold und Waren über Pyren nach dem Schweizer Mutterhaus hinarüberzuschicken. Aber das Ergebnis dieser Schmutzwirtschaft lohnt sich wenigstens. Dutzende von Häusern gehören heute den armen Dienerrinnen Gottes, Großgrundbesitz an Wald und Feld, Spitäler, Schulen, Pensionate und Kindergärten. Dabei sind, wohl gemerkt, alle Liegenschaften hoch belehnt. Denn wenn die postlose Republik, deren glorreicher Vorkämpfer Karl täglich im Gebet gesegnet wird, sich beikommen lassen sollte, die Kirchengüter zu beschlagnahmen, soll sie wenigstens verschuldetes Gut bekommen.

Immerhin ist der geschäftliche Teil der milderer in Frau Friedrichs Anklagen; es handelt sich hier doch um irdisches Gut, nicht um die arme, geschändete Menschenkreatur. Und das ist das Furchterliche, daß die Oberin Chlothildis mit ihrem aus vier weiteren Mitgliedern bestehenden Beirat die Menschenwürde in einseitig niederrützig mit Füßen tritt. Das ewige Händelküssen, Niederknien und in De-

mut ersterben gehört dabei noch auf Konto der slavischen Klosterzucht überhaupt. Was aber soll man dazu sagen, daß wegen eines minutenlangen Versehens im Zimmerlüften die „Sünderinnen“ ihre Mahlzeit auf dem Fußboden einnehmen müssen? Daß die Zuchtmeisterinnen ein verkehrt zum Trocknen aufgehängtes gewaschenes Hemd durch den Schmutz ziehen und die Delinquentin zwingen, es in der Nacht nochmals zu waschen? Daß man zur Strafe, in einen Sack gefüllt, mitten im Winter im Klosterhof die Mahlzeiten einnehmen muß, daß Lehrerrinnen vor ihren Schülerinnen beschimpft und geschlagen werden? All das ist Sadismus in seiner reinsten Form, ist eine durch das Klosterleben erzeugte Verwerflichkeit und solchen Treen sind Hunderte von Schwestern, von Kindern und Kranken ausgeliefert! Das Kreuz Christi deckt hier schützend hundertfach wiederholte Angriffe aufs Beste, was ein Mensch haben kann, auf seine Selbstachtung, und soweit darf der Respekt der Staatsgewalt vor dem christlichen Symbol nicht gehen, daß sie nach solchen Anklagen unbeteiligter Zuschauer bleibt. Wir verlangen die schärfste, rücksichtsloseste Untersuchung. Ergeben sich die Berichte als erfunden, dann gebührt den Verleumdern harte Strafe. Sind sie aber, wie wir fürchten müssen, wahr, dann gehört die Oberin Chlothildis nebst ihrer Sippschaft ins Zuchthaus.

### Tages-Neuigkeiten.

Die harmlosen Putschisten. Die deutsche Reichsjustiz hat sich nun doch endlich aufgeschwungen gegen drei Kappverbrecher das Strafverfahren einzuleiten und so stehen denn seit einigen Tagen der gewesene Polizeipräsident von Berlin, v. Jagow, der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Schiele und Freiherr von Wagenheim als Angeklagte vor dem Reichsgericht in Leipzig. Gegenüber Arbeitern funktioniert die Justiz ungemein rasch und präzise; in diesem Falle, da es sich um monarchistische Putschisten handelt, brauchte sie rund 1 1/2 Jahre, ehe sie sich entschloß, Ernst zu machen. Diese drei Angehörigen der Rasse, die sich die „Edelste der Nation“ nennt, spielen vor Gericht eine jämmerliche Rolle, denn sie, die Wackeren, die ehedem so mutvoll taten, bemühen sich jetzt eifrig, vor Gericht den Nachweis zu führen, daß alles gar nicht so böse gemeint war und daß ihr Beginnen keine Verletzung der Verfassung bewirken sollte. Besonders Herr von Jagow versuchte bei seiner Vernehmung sich als Unschuldsblau zu hinstellen, das niemals daran gedacht habe, Hochverrat zu begehen. Kapp selbst sei ihm bis zum 13. August nur ganz oberflächlich bekannt gewesen und erst als die Reichsregierung geflohen sei, habe er auch gehört, daß die gesamte Macht in Preußen in den Händen des Generals von Lüttich läge. Er habe nichts begangen, was die Verfassung gewaltsam und unmittelbar ändern sollte. Dem Angeklagten Schiele war der Zug der Brigade Erhardt nach Berlin nur ein „Demonstrationszug“ gewesen, wie ihn die Arbeiter auch veranstalten. Es hat also nicht nur keine Führer des Kappputsches gegeben, es hat nicht einmal einen Putsch gegeben. Alles war nur ein großes Mißverständnis, Alle wollten nur Werkzeuge gewesen sein und hatten selbstverständlich die „patriotischsten Beweggründe“. Die Herren Putschisten kniejen also vor Gericht feige aus und

Verloren und verwirrt schlenderte der Fremde dahin. Eine Offizierspatrouille kam ihm entgegen.

„Wieder so ein Saujud!“ brüllte der Anführer.

„Nachschauen!“ gebot ein zweiter.

Auf offener Straße riefen sie dem Fremden die Kleider herunter. Dann trieben sie ihn unter Schlägen vor sich her. An einer Kirchentüre brach der Fremde zusammen.

Die Tür stand offen, frommer Orgelton drang aus der Kirche. Ueber dem Hauptaltar hing ein großes Kreuzifix. Viele Männer und Frauen knieten betend davor. Die Offiziere schlugen ein Kreuz.

Der Fremde blickte sie verwundert an.

„Wie kommt es“, fragte er, „daß ihr mich dort drinnen anbetet und hier draußen erschlägt?“

Mit wildem Gebrüll stürzten sich die Offiziere auf ihn, „Gottessläterer“.

„Gründiger Jude.“

„Schlagt ihn tot!“

Sie riefen ihn weiter. Bei einem Baum machten sie Halt. Einer brachte einen Stiel.

„Der zu deinem Högen, Saujud, deine letzte Stunde ist gekommen!“

Da hob der Fremde die Augen und vor dem Licht, das aus ihnen strahlte, erschrak die Mörder. Sein Blick umfaßte die ganze Stadt und in ihm lag die Ahnung des letzten Gerichts. Da ihm einer den Stiel um den Hals warf, betete er laut, mit erhobenen Händen:

„Vater, vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun.“

### Fenilleton.

#### Der lästige Ausländer.

Eine aktuelle Legende.  
Von Hermannia Zur Mühlen.

Er war des Himmels überdrüssig geworden, das Gedudel der Engel, die ewig heitere Ruhe der Seligen ging ihm auf die Nerven. So beschloß er denn zur Erde niederzusteigen und langte eines Tages an einem kleinen deutschen Ort an.

Dem Rate des heiligen Paulus folgend, hatte er genügend Geld mitgenommen, doch lehnte er nicht in dem erstklassigen Hotel ein, weil ihm die Schieber und die Offiziere in Zivil allzu widerlich waren, sondern begnügte sich mit einem kleinen Gasthof.

Den nächsten Tag hielt ihn ein Polizist auf der Straße an und verlangte seine Papiere zu sehen. Er schüttelte verwirrt den Kopf. „Ich habe keine.“

„Woher kommen Sie?“

„Aus dem Himmel.“

Der Polizist starrte den schwarzbärtigen blauen Mann verblüfft an. War der Mann etwa aus dem Jrenhaus entsprungen? Doch war der Polizist — o Seltenheit — ein Mensch, freilich nur im Geheimen — und seine politische Ueberzeugung half ihm das Rätsel lösen. Eicherlich ist der Fremde aus Rußland gekommen, wolle dies nur nicht aussprechen und umschrieb daher den Sowjetstaat mit der Be-

„Sie müssen versuchen, sich eine Aufenthaltserlaubnis zu verschaffen,“ meinte er gutmütig und der Fremde nickte zerstreut.

Eine Woche lebte der Fremde still und unbehelligt an dem kleinen Ort, dann kam er unglücklicherweise an der gemeinsamen Mittagstafel mit einem Alldeutschen ins Gespräch, das bald, trotz der Milde des Fremden in einem heftigen Streit ausartete.

„Wie erschrecken Sie sich, mir derartiges zu sagen,“ brüllte der Alldeutsche. „Was wissen Sie vom reinen Germanentum? Was sind Sie denn eigentlich? Woher kommen Sie?“

„Ich bin Jude“, sagte der Fremde sanft, „stamme aus Palästina.“

„Natürlich.“ Des Alldeutschen feistes Gesicht rötete sich vor Zorn. „Ostjuden, lästige Ausländer.“

Der Fremde blickte ihn verständnislos an.

Zwei Tage später erliefen ein anderer Polizist bei dem Fremden und verlangte dessen Papiere. Da der Fremde bekennten mußte, daß er keine besitze, wurde ihm mitgeteilt, er habe binnen vierundzwanzig Stunden Deutschland zu verlassen.

Der Alldeutsche lachte höhnisch als er des Polizisten lobige Gestalt die Treppe hinabsteigen sah.

Der Fremde wußte nicht ein noch aus. Wohin sollte er, der keine Papiere besaß, in vierundzwanzig Stunden reisen? Ein wohlwollender Gast des Hotells zog ihn beiseite und riet ihm zu versuchen, über die Schweizer Grenze zu gelangen. Wenn die Leute dort sehen, daß er viel Geld besitzt, werden sie ihn keine

Schwierigkeiten machen, auch solle er sich einen aristokratischen Namen zulegen, dann halten ihn die Schweizer Behörden vielleicht für einen Konterrevolutionär aus Deutschland oder Oesterreich oder für einen Anhänger Hortkiths und werden ihn mit offenen Armen aufnehmen.

Der kluge Ratgeber hatte recht gehabt; ungehindert überschritt der Fremde die Schweizer Grenze. Nun aber beging er einen argen Fehler: anstatt in einem der vornehmen Hotels zu wohnen, begab er sich auch hier in ein schäbiges kleines Gasthaus, außerdem besuchte er bisweilen eine sozialdemokratische Versammlung und so entstand das Gerücht, er sei ein „Chaipe Volkswel“, der die Schweiz samt ihrer Verfassung, ihren Hotels und ihren vielen konterrevolutionären Gästen an Rußland verraten wolle.

Er wurde abermals ausgewiesen, doch weigerte er sich ebenso sanft wie hartnäckig, das Land zu verlassen, sagend, er habe auf Erden kein Vaterland und sei nirgendhin zuständig.

Ein Schweizer Flieger erbarmte sich seiner. „Geht mir den Mann mit, ich werde ihn über die österreichische Grenze bringen, sagte er und die Schweizer Behörden nahmen seinen Vorschlag an.

Doch geschah es, daß am Flugzeug irgend etwas brach und der Wind es weiter trieb über die Donau. In Budapest mußte der Flieger eine Notlandung vornehmen. Er setzte den Fremden auf der Straße ab und begab sich in ein elegantes Hotel.

müssen sich erst durch das Beweismaterial nachweisen lassen, daß ihr Vorgehen im März 1920 durchaus nicht so harmlos und patriotisch war, wie sie es jetzt vor Gericht behaupten. Und diese Hammerwerke nennen sich die „Helden der Nation“. — Jännerlinge, an Nerven gemessen ein Maß Holz, der wenigstens die Courage befähigt vor Gericht für seine Handlungen einzustehen, wie ein Held vor Gericht. Das also waren die Männer einer starken Regierung, einer Regierung der Ordnung und der Ehre — Feiglinge von dem Format, wie man sie zu Tausenden auf der Straße antreffen kann.

Aus dem gestrigen amtlichen „Prager Abendblatt“. Briefkasten der Redaktion: „Liebe: Kommt darauf an, wieviel Sie ausgeben wollen...“ Auch ein Standpunkt, Redensart der richtige für ein „amtliches“ Blatt...

H. T. Marinetti, das Haupt der italienischen Futuristen, weiß seit Donnerstag, den 8. Dezember in Prag. Wir bringen bei dieser Gelegenheit eine seiner „dramatischen“ Arbeiten:

Der schwärzefarbene Vorhang erhebt sich bloß bis zur Bauchhöhe. Das Publikum sieht nur die Bewegungen der Füße.

Die Schauspieler müssen sich bemühen, alles durch die Bewegungen und Gebärden ihrer unteren Gliedmaßen auszudrücken.

Zwei einander gegenübergestellte Frauen. — Der Jüngling. — Die Dame.

Er: Alles, alles für einen einzigen Auf von Ihnen! ... Sie: Nein! ... Sprechen Sie nicht so mit mir! ...

Ein Mann, der auf und ab geht. — Er müssen ermögen ...

Ein Schreibisch, ein Mann, der nervös den rechten Fuß bewegt.

Ich muß es finden... Prellen und mich nicht prellen lassen.

Ein Mann, der langsam, von Bodagora geklopft, die Füße schleppt. — Ein schnellgehender Mann.

Der Schnelle: Welche dich, elender Rücktrittler! Der Langsame: Ach, wech ein Jagen und Lauen, man muß doch nicht laufen. Wer langsam geht, kommt gesund an...

Ein Diwan. — Drei Damen. Die eine: Welchen wirst du erwählen? Die andere: Alle drei.

Ein Diwan. — Drei Offiziere. Der eine: Auf welche hast du Lust? Der andere: Auf die zweite.

Die zweite: Auf diejenige von den drei Damen sein, welche am meisten die Füße sehen läßt.

Der Jüngling — der Vater — das Mädchen. Der Vater: Bis du den Doktor gemacht hast, nimmst du die das Cousinchen zur Frau.

Das Mädchen: Sonntag werde ich ihn begrüßen.

Ein Mann, der davonläuft. — Ein Fuhrtritt, der ihn begleitet.

Der Mann, der den Fuhrtritt ansteigt: Dummköpfe!

Zweieinviertel Millionen deutsche Zigaretten nach Oesterreich geschmuggelt. Die Wiener Polizei hatte erfahren, daß sich mehrere Bänder im Ostbahnhof und Westbahnhof herumtreiben und sich mit dem Einschmuggeln deutscher Zigaretten befassen. Kriminalbeamte verwendeten fünf Wochen an die schwierige Aufgabe, die Schuld der Schmuggler, unter denen sich auch eine Anzahl pflichtvergeßener Beamter befindet, zu erweisen. Die Erhebungen ergaben, daß die Schmuggler von Juli bis November acht Sendungen deutscher Zigaretten, zusammen 2 1/2 Millionen Zigaretten, nach Oesterreich gebracht haben. Da auf eine Million Zigaretten ein Zoll von 4 1/2 Millionen Kronen gelegt ist, erlitt der Staat einen großen Schaden. Diesen Zoll zu ersparen, war der Zweck der Schmugglerbände. Im Schleichhandel wurden die Zigaretten zumeist an Kellner verkauft. Das Konsortium bekam die Zigaretten um 3.50 Kronen, in den Kaffeehäusern wurden sie mit 7 bis 10 Kronen gehandelt. Der Gewinn aus den der Behörde bekannten Geschäften kann auf zehn bis zwanzig Millionen Kronen veranschlagt werden. 510.000 Zigaretten wurden noch rechtzeitig im Ost-, Nord- und Franz-Josef-Bahnhof sichergestellt. Auf verschiedenen Bahnhöfen hatten die Schmuggler durch Bestechungen Beamte dazu gebracht, ihnen die Zigaretten freizugeben. So wurde nun der schwindelhafte Schmuggel durch Monate betrieben. Es handelt sich durchwegs um deutsche Memphiszigaretten. Die Kriminalbeamten haben auch die Schleichhändler, die sich mit dem Vertrieb der geschmuggelten Zigaretten befaßten, verhaftet. Im ganzen wurden zweiundvierzig Verhaftungen vorgenommen. Bei einem der Händler wurde ein ganzer Reiseford mit wertvollen Zigaretten und Zigarren beschlagnahmt. Bei einzelnen Schmugglern wurden Beträge in der Höhe von 15 Millionen Kronen sichergestellt, von denen bisher von der Finanz-

## Der Friede mit Irland gefährdet?

London, 9. Dezember. (Laurenzberg.) Heute nach Mitternacht, ließ De Valera folgende Proklamation veröffentlichen:

„Die Bedingungen dieses Ausgleiches stehen in scharfem Widerspruch mit den Wünschen der Mehrheit unseres Volkes, wie sie in einigen aufeinanderfolgenden Wahlen während der letzten drei Jahre frei ausgesprochen wurden. Ich erachte es als meine Pflicht, Ihnen ohne Verzug zu erklären, daß ich die Annahme dieses Vertrages weder dem Daily Circann noch dem Lande empfehlen kann. Diesen Standpunkt teilen auch die Minister des Innern und für nationale Verteidigung. Der Daily Circann ist zu der öffentlichen Sitzung auf Donnerstag einberufen. Ich fordere das Volk und die Nation auf, bis dahin die bisherige Disziplin ausrechtzuhalten.“

Aus der Form der Erklärung De Valeras ist ersichtlich, daß es ihm nicht gelungen ist, die Mehrheit des Kabinetts für sich zu gewinnen und daß vier Mitglieder des Kabinetts und zwar Griffiths, Collins, Barton und Cosgrave für die Annahme waren. Ihr Standpunkt kommt in folgender Erklärung zum Ausdruck, welchen Griffith heute früh abgab: „Ich habe den Vertrag zwischen Irland und Großbritannien unterzeichnet. Ich bin überzeugt, daß er die Grundlagen für den Frieden

und die Freundschaft zwischen den beiden Völkern legt. Was ich unterzeichnete, werde ich verteidigen, im Vertrauen darauf, daß das Ende des hundertjährigen Konfliktes nahe ist.“

De Valeras Erklärung, daß die Bedingungen des Ausgleiches in scharfem Widerspruch zu den Wünschen der Mehrheit des irischen Volkes stehen, müssen angezweifelt werden. Der Vertrag wurde im Gegenteil in ganz Südirland als überraschendes und bewundernswürdiges Ereignis begrüßt und eine unbeschreibliche Erleichterung und Freude waren allgemein. Griffiths, Collins und die übrigen Mitglieder der irischen Delegation wurden vor zwei Tagen bei ihrer Rückkehr nach England mit begeisterten Ovationen begrüßt. Diese wiederholten sich auch gestern in Dublin. „Freemans Journal“, das einflussreichste Organ der irischen Nationalisten, hat die Ausgleichsverhandlungen warm unterstützt und verurteilt heute De Valeras Vorgehen und tritt für die Delegierten ein. „Irish Times“ sagt in ihrer heutigen Ausgabe, Irland las die Erklärung De Valeras mit tiefem Schrecken. Das ganze nationalistische Lager — und nach unserer Uebersetzung auch die überwiegende Mehrheit der Bewohner Südirlands — hat den Vertrag mit Freude aufgenommen.

## Der Dedenburger Abstimmungsschwindel.

Oesterreichischer Protest gegen die magyarischen Wahlpraktiken.

Wien, 9. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) An der heutigen Presskonferenz teilte der Regierungsvertreter mit, daß der österreichischen Regierung vorgestern und gestern Klagen über terroristische Akte im Dedenburger Abstimmungsgebiet zugekommen seien, welche durch die ungarischen Behörden — aber mit ihrem Wissen versüßt wurden. Die österreichische Regierung hat diese Berichte zum Anlaß eines Protestes bei der Generalkommission in Dedenburg und bei den Wiener Vertretern der Ententeinmächte genommen. Es besteht die Gefahr, daß eine solche Vorgangsweise den Rücktritt Oesterreichs von der Abstimmung zur Folge haben kann. Solche Vorgangsweise verstöße gegen die von der Botschaftskonferenz versprochene Unparteilichkeit und Reinheit der Abstimmung. Die österreichische Delegation konnte nicht annehmen, daß

die Generalkommission die den ungarischen Wünschen entsprechenden Vorgänge genehmigen könnte. Denn es wäre nicht einzusehen, wozu dann die Truppen aus Oberschlesien herbeibemüht worden wären.

Aus Dedenburg wird jetzt gemeldet, daß die Prüfung der von den Ungarn den Abstimmungskommissionen vorgelegten Abstimmungslisten immer neue Unrichtigkeiten zutage fördert. Man gewinnt den Eindruck, daß mit voller Absicht und systematisch gefälscht wurde. Zahlreiche Tote sind in den Abstimmungslisten, ebenso sind Leute in mehreren Abstimmungsbezirken eingetragen. Auch zahlreiche Militärpersonen, Hochschüler und Beamte, welche erst im Jahre 1920 in das Abstimmungsgebiet gekommen sind, wurden als abstimmungsberechtigt eingetragen.

## Die Wiener Blünderer vor Gericht.

Ein Christlichsozialer als Blünderer.

Wien, 9. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute begannen vor dem Landesgericht die Prozesse wegen der Blünderungen am 1. Dezember. Es waren insgesamt 41 Angeklagte vor Gericht. Die meisten wegen des Verbrechens des Diebstahls, zum Teil auch wegen öffentlicher Gewalttätigkeit oder wegen Aufruhrs, wenn sie sich gegen die Verhaftungen zur Wehre gesetzt, oder um Hilfe gegen Verhaftungen gerufen haben. Die Strafen, die die beiden Einzelrichter verhängten, sind sehr hart; es werden schwere Kerkerstrafen in der Dauer von drei bis zehn Monaten, in be-

sonders schweren Fällen auch auf ein Jahr verhängt. Auch in solchen Fällen, in denen es sich um Jugendliche handelt, lehnten die Richter die bedingte Verurteilung ab. Ebenso verweigern sie Strafausschub und Entlastung. Unter den Verurteilten ist auch ein ehemaliger Postbeamter, der erklärte, daß er ein Christlichsozialer sei und mit den Ausschreitungen gar nichts zu tun habe. Er wurde aber von Wachtenten überwiesen, daß er selbst zum Demolieren aufgefördert und aus einem geplünderten Juwelierladen eine Uhr gestohlen habe.

bezirksdirektion 8 1/2 Millionen als Straf gelder eingehoben wurden.

Wilhelm erleidet einen „Betriebsunfall“. London, 9. Dezember. „Daily Mail“ meldet, daß Kaiser Wilhelm sich beim Holzsägen am Kopf verwundet hat.

Die Handelsagenten und das Umsatzsteuer-gesetz. Die Union der Geschäftstreisenden in Prag teilt mit: Eine Deputation von Agentenorganisationen erschien Mittwoch, den 7. Dezember 1921 unter Führung der Abgeordneten Klein und Botruba im Finanzministerium und brachte dort alle einschlägigen Wünsche und Beschwerden der Handelsagenten zum neuen Steuer-gesetz vor. Zur Frage der Vesteuerung für Arbeitsleistungen erklärten die Sprecher der Agentenvereinigungen, daß Handelsvertreter, welche im Namen und für Rechnung eines Unternehmers Geschäfte abschließen, keine selbständigen Unternehmer seien und folglich in den Wirkungsbereich des Steuer-gesetzes nicht fallen können. Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß die Umsatzsteuer eine Konsumentensteuer ist und daß die Handelsagenten die ihnen auferlegte Steuerleistung nicht abwälzen können. Die Deputation verwarfte sich auch gegen die von einzelnen Steuerämtern geübte Praxis, nach welcher Handelsagenten, die für Rechnung und im Namen anderer Unternehmer aus den von letzteren unterhaltenen Lagern mittels Liefercheinern Waren abgeben, als Kommissionäre betrachtet und darnach besteuert werden. Schließlich gelangte auch der § 14 des neuen Steuer-gesetzes zur Besprechung und die Deputation protestierte entschieden gegen eine Auslegung des Gesetzes, welche die unabhängigen Handelsagenten in ihrer Existenz schwer bedroht. Der Referent des Finanzministeriums, Ministerialrat Künel erklärte, daß das Finanzministerium an alle Steuerbehörden eine

Instruktion erlassen werde, dahingehend, daß bei allfälligen Rekursen genaue Erhebungen gepflogen werden, ob das Verhältnis des rekurrierenden Handelsagenten nicht Merkmale eines Dienstverhältnisses trägt und ob es sich im gegebenen Falle nicht um einen Nichtunternehmer handelt. In diesem Falle muß einem Rekurs Folge gegeben werden. Die anderen vorgebrachten Wünsche werden vom Finanzministerium in gerechter Weise erledigt werden.

Ein Kongreß „religiöser Sozialisten“. Der Bund religiöser Sozialisten hat in diesen Tagen in Berlin zum erstenmal einen Kongreß abgehalten. Er diente in erster Linie der Klärung über Ziele und Wege des religiösen Sozialismus. Die Referenten und Diskussionsredner waren hauptsächlich Pfarrer, daneben aber traten auch Laien auf. Uebereinstimmend bekannten sie, daß der religiöse Sozialist von der Religion her zum Sozialismus kommt. Das Christentum werde erst durch den Sozialismus ermöglicht, da es nicht nur die Rettung einzelner Seelen erstrebe, sondern die Schaffung einer Menscheneinheit, in der die treibende Kraft Bruderliebe und nicht der Profit und die Selbstsucht sei. Fraglich bleibt nach den vorliegenden Berichten die Auffassung der sozialistischen Pfarrer von der Kirche. Der eine von ihnen erklärte, die religiösen Sozialisten sollten nicht als solche innerhalb der Kirche arbeiten wollen, und er begründete es damit, daß sonst die Kirche vollends politisiert würde. Es scheint aber, daß diese Pfarrer weiter in der Kirche bleiben, daß sie jedoch für den religiösen Sozialismus außerhalb der Kirche, innerhalb der Arbeiterschaft arbeiten wollen. Das würde also bedeuten, daß sie mehr innerhalb der sozialistischen Gedankenwelt für die religiösen Ideen werben wollen, als umgekehrt innerhalb der religiösen Organisationen für den Sozialis-

mus. Erwähnt sei noch, daß erklärt wurde, die religiösen Sozialisten erkennen die konfessionellen Unterschiede nicht an. Das scheint mit der weiteren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche schwer vereinbar zu sein. Wenn auch dieser Selbstongleich praktisch bedeutungslos ist, so ist er dennoch bemerkenswert: er zeigt die Ideologienwandlung innerhalb der einst sozialreaktionären deutschen Geistlichkeit auf.

Der Unstillschleisschnüffler als Stillschleissverbrecher. Das Münchener Landgericht verurteilte den Pfarrer Simon Viechl wegen Stillschleissvergehens, begangen an Kindern beiderlei Geschlechts, die er unter anderem nackt photographierte, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Viechl war früher Kooptator in Niederbayern, verließ aber dann den geistlichen Beruf. Er war dann mehrere Jahre Provinzredakteur an der „Münchener“ und an der „Bayrischen Zeitung“, wo er mitunter auf „sittlichem“ Gebiet eine scharfe Feder führte und trat plötzlich, seine Eignung zum „Seelenhirten“ wieder entbedend, von neuem in den geistlichen Stand zurück, wo er also seine ruhmreiche, erzieherisch ungemein fördernde Laufbahn endigte.

Die europäische Studentenbekleidungsaktion macht darauf aufmerksam, daß Hochschüler der höheren Semester mit Winterkleidung (Anzüge, Wäsche, Schuhe, Winterstöcke) billig oder umsonst versehen werden können. Verächtlicht werden in erster Reihe Voll- oder Halbweifen, oder solche Studenten, deren Eltern über ein monatliches Einkommen von nicht mehr als 800.— verfügen. Ebenso solche Hochschüler, die als Ausländer in keinerlei Verbindung mit ihren Eltern resp. Verwandten stehen, ferner solche, die invalid oder durch den Krieg ihr Vermögen verloren haben. Die Gesuche werden ohne Unterschied der Nationalität, Konfession und des Geschlechtes erledigt. Die Gesuchsformulare sind bei den Vertretern der betreffenden Nation, bzw. Gruppe, deren Namen auf der schwarzen Tafel, die im „Studentenklub“ in Prag VI, „Ra Slavi“, auf der Terrasse hängt, ersichtlich sind, zu beziehen. Ferner muß dem Gesuche ein Armutszertifikat beiliegen. Ebenso können sich solche Supplementen darum bewerben, die infolge des Krieges ihre Schulprüfungen nicht ablegen konnten und mittellos sind. Diese können ihre handschriftlichen Gesuche direkt an die Selbstverwaltung der „europäischen Studentenbewegung“, Studentenklub domov, Prag VI, Ra Slavi, Zimmer Nr. 17, richten. Auch diesem Gesuche muß ein Armutszertifikat beiliegen. Dagegen entfällt das gedruckte vorgeschriebene Gesuchsformular. Die Gesuche sind bis längstens 15. Dezember 1921 einzureichen!!

Postdiebstahl. Am 1. Dezember wurde aus dem verschlossenen Postwagen auf dem Weg von Chraft zum dortigen Bahnhof der Posthof mit einem Betrag von 87.700 Kr. gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Selbstmorde. Gestern um vier Uhr morgens wurde vom Parkwächter Anton Schwarz im oberen Teile der Brühlanlagen die Leiche eines erschossenen Mannes gefunden, in dem später der Evidenzkapitän der polizeilichen Verwaltungsverwaltung Bohmisch-Brod Wenzel Dobusch anagnostiziert wurde. Es handelt sich offenbar um einen Selbstmord. — Vorgestern vor acht Uhr morgens erschoss sich im Baumgarten der 23jährige Wilibald Walschew, Leiter der medizinischen Fakultät der tschechischen Universität.

Beamtenstellen bei der Post. Da der Bedarf an Beamtenkräften und an Bediensteten bei der Post- und Telegraphendirektion in Prag gedeckt ist, werden bis auf weiteres Gesuche um Aufnahme nicht entgegengenommen.

## Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sichern ihr Wahlrecht.

In der Zeit vom 15. bis 22. Dezember liegen bei jedem Gemeindebeamte die ständigen Wählerlisten während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Jeder Wähler und jede Wählerin überzeuge sich, ob der eigene Name und die Namen seiner wahlberechtigten Angehörigen und Bekannten in der Liste enthalten sind. Wer nicht in der Wählerliste verzeichnet ist, verliert sein Wahlrecht bis inklusive 31. Juli 1922.

Genossen! und Genossinnen! Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen waren wegen Nachlässigkeit in den Wählerverzeichnissen nicht eingetragen. Wenn wieder Wahlen stattfinden werden, wird es gewiß wieder Arbeiter und Arbeiterinnen geben, die wählen wollen, aber nicht wählen dürfen, weil sie nicht rechtzeitig dafür gesorgt haben, daß ihr Namen in die Wählerlisten aufgenommen wurden. Durch diese Nachlässigkeit schädigt die Arbeiterklasse ihre Interessen und stärkt dadurch die politischen Gegner der Arbeiterschaft. Wer das nicht will, der überzeuge sich davon, daß er in den ständigen Wählerverzeichnissen seines Ortes eingetragen ist.

Einwendungen sind bis 25. Dezember beim Gemeindebeamte schriftlich einzubringen und darf jede Reklamation nur für eine Person verfaßt werden.

## Kleine Chronik.

Triste Unruhen in Chicago. London, 8. Dezember. Aus Chicago werden wiederum Unruhen gemeldet. Bei Zusammenstößen zwischen einer mehrere tausend Köpfe zählenden Menge und Polizisten wurden neun Personen getötet. Die Unruhen dehnen sich weiter aus. Die Postzeit wurde

sehr behindert durch eine Bande Frauen, welche den Beamten Pfeffer in die Augen warfen, sodas zahlreiche Polizisten geblendet weggetragen werden muessen.

Auch ein „Almbild“. Folgendes fast unglauibliches Vorkommnis hat sich, wenn man Zeitungsberichten glauben darf, kürzlich in New York zugegetragen: Zur lebhaftesten Verkehrszeit kamen zwei gewaltige Automobile durch eine der vornehmsten Straoen der Miesenstadt gefahrt und hielten vor einem Juwelierladen. Aus dem ersten Auto stiegen zwei Schupleute und sperrten den Bürgersteig ab, und ihnen folgten einige als Banditen verkleidete und mit Revolvern bewaffnete Männer, die sich sofort daran machten, die Schaufenster und Schaukästen des Ladens zu bearbeiten. Die Sache hätte etwas bedenklich scheinen können, wenn nicht ein Kriminologe und sein wohlbekannter Aufnahmeopporat in dem zweiten Auto gewesen wären und ununterbrochen die Szenen aufgenommen hätten, während ein anderer Kriminologe den Gang der Handlung leitete. Die Kapen führen — vor den erstaunten und bewundernden Blicken einer groosen Volksmenge — schneidig und sicher ihre Arbeit aus. Sie schlugen die groosen Schaufenster ein und rafften alle Schmuckstücke und Wertgegenstände zusammen, die sie erreichen konnten. Der Inhaber des Geschafes, der erschoken heraustrat, beneidete einem erhobenen Revolver. Er wurde aber überrumpelt und neben seinen königlichen Angehörigen gebunden. In einigen Minuten war der ganze „Film“ aufgenommen, worauf samtliche Mitspieler rosch in ihre Autos stiegen und davonfuhrten. Nur eins wirkte ein wenig sonderbar: das man nämlich den Juwelier und seine Angestellten mit gebundenen Händen und Füßen auf der Straoe liegen ließ. Schließlich erbarnte man sich ihrer und befreite sie von den Stricken. Nun endlich konnte der arme Juwelier erklären, das die ganze Geschichte ein schändliches Verbrechen sei. Die Banditen waren überhaupt keine verkleideten Kriminologen, sondern eine Gesellschaft ankreich verflochener Verbrecher, die auf diesen „Almbild“ gekommen waren, um in Ruhe das Geschäft plandern zu können. Die gekloppelten Juwelen sollten nicht weniger als eine halbe Million Dollars wert sein.

**Gerichtssaal.**

**Der Prozeß gegen die Krompacher Angeklagten**

Kafchan, 9. Dezember. Nr. 21. Heber I. A. kam es in Krompach zu Ausschreitungen, wobei der Ingenieur der Krompacher Eisenwerke Podhradsky und der Oberstuhlschlichter Lukacs getötet, zwei Fabrikbeamte und drei Gendarmen verwundet wurden. Die Gendarmerie machte von der Schusswaffe Gebrauch, wobei drei Personen verwundet wurden und ihren Verletzungen erliegen. Gegen 13 Personen, welche des Verbrechens des Mordes und der Anstiftung zum Morde beschuldigt sind, begann heute vor dem Schwurgericht in Leutschau die Hauptverhandlung. Sämtliche Anklagen bestreiten ihre Schuld und erklären, im kritischen Augenblicke überhaupt nicht am Tatorte gewesen zu sein.

**Ludendorffs Teilnahme am Kapp-Zug.**

**Ludendorff als Zeuge vor Gericht.**

Berlin, 9. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) In der heutigen Verhandlung des Kapp-Prozesses wurde Ludendorff als Zeuge einvernommen. Er versuchte, ebenso wie es die Angeklagten und die bisherigen Zeugen getan hatten, die Vorgänge beim Kapp-Zug und seine Beteiligung daran im harmlosen Lichte erscheinen zu lassen. Nach seiner Aussage kamen aber auf Antrag des Oberstaatsanwaltes zwei Briefe zur Verlesung, die Ludendorff beinahe als Mitverschworenen entlarften. Ein Brief des ehemaligen Landrates von Dewik nimmt Bezug auf eine Sitzung und warnt Ludendorff, weil Kapp sich über den Zeitpunkt des Putschlages in März nicht vorstandig geauert habe und eine Geheimhaltung nicht mehr gegeben sei. Der zweite Brief, der vom 17. März datiert ist und Ludendorff und Trebitsch-Pinceln vorgelegt wurde, beschwört Ludendorff, die Sache nicht zu verlassen. Ludendorff habe von den Vorbereitungen gewusst und alles gefilgt. Er dürfe jetzt die anderen nicht im Stiche lassen. Ludendorffs Antworten auf diese Briefe waren Verlegenheitsphrasen.

**Zurückziehung der englischen Truppen aus Irland.**

London, 8. Dezember. (Kunt-Laurenzi.) Im Dubliner Militarhauptquartier wurde heute mitgeteilt, das im Falle der Ratifikation des irischen Friedens die britischen Truppen im Laufe eines Monats aus Irland zurückgezogen werden würden.

**Belgien gegen das Moratorium?**

London, 9. Dezember. (Laurenzi.) Der Brüsseler Korrespondent der Times meldet, Belgien sei gegen die Bewilligung eines Moratoriums an Deutschland.

**Jugendleistung.**

Kafchan, 9. Dezember. Infolge falscher Weichenstellung ist in der Station Kasno in

der Slowakei der Zug Nr. 8594 auf den Zug Nr. 272 aufgefahren. Die Lokomotive des ersten Zuges wurde unbedeutend beschädigt, 5 Waggons sind entgleist. Zu Schaden kam niemand.

**Ein Waffenlager in Düsseldorf aufgefunden.**

Berlin, 9. Dezember. Der „Vorwärts“ meldet: Einem Bericht der „Dona“ zufolge haben die Franzosen in Düsseldorf ein geheimes Waffenlager ausgehoben. Sie beschlagnahmten zwei schwere Maschinengewehre, 147 Gewehre, sechs leichte Maschinengewehre und 30.000 Schuss Munition für Infanteriegewehre. Eine sofortige Aufklärung ist erforderlich; insbesondere muß festgestellt werden, von welcher Seite die Waffen versteckt gehalten wurden.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

Keinerlei Streitgefahr im Bergbau. Einige Blätter meldeten gestern, das ein neuerlicher Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern des Ostauer Bergreviers ausgebrochen sei. Diese Nachricht beruht nicht auf Richtigkeit. Im Ostau-Karwiner Revier wird in demselben Umfang wie vor dem Ausstand gearbeitet. Das Gruchtd ruudet sich darauf, das die Unternehmer den neuen Kollektivvertrag nur unter der Bedingung abschließen wollen, wenn die Leistungsfähigkeit um 20 Prozent erhöhet wird. Daraus sind bekanntlich die Arbeitervertreter nicht eingegangen. Die Verschiedenheit der Anschauungen hat aber vorläufig noch keine praktischen Folgen, erst mit dem Abschluß des neuen Kollektivvertrages werden die Auseinandersetzungen beginnen.

Warum die Zölle erhöhet werden hat in der letzten Sitzung des Reichswirtschaftsrates der Leiter der zollpolitischen Abteilung des Außenministeriums Herr Dr. Peroutka einbehalten, indem er sagte: „Die Tendenz des Zolltarifs ist es, der Finanzverwaltung des Staates Einnahmequellen zu eröffnen. Diese Abgaben werden die Bevölkerung nicht schmerzen, weil sie sie nicht sieht.“ Also der Herr Minister hat die Bevölkerung direkt für einfältig und glaubt, wenn die Arbeiterschaft für die um die Zölle verteuerten Lebensmittel und Verbrauchsartikel einen größeren Teil ihres Lohnes werden hergeben müssen, wird sie das gar nicht bemerken. Aber die Bevölkerung wird den Herrn Ministerialrat, so hoffen wir, eines Besseren belehren und wird entschieden dagegen protestieren, das man ihre Lebenshaltung durch Zölle verteuert. Der Leiter der Handelspolitischen Abteilung scheint vollständig auf Seiten des Bürgertums zu stehen, was auch daraus hervorgeht, das er im Industrielensflug einen Vortrag über die Zollpolitik der Regierung gehalten hat. Er weiß, wo man ihm Beifall klatscht. Würde er in eine Arbeiterversammlung gehen, würden seine Worte keinesfalls so ungeteilten Beifall finden, wie bei den Unternehmern.

Sie pfeifen auf die Konsumenten! Unter diesem Titel schreibt die Prager „Konsumgenossenschaft“: Die Staatsgetreideanstalt liquidiert bekanntlich. Die Mitglieder des Liquidationsausschusses bestehen aus einem Sektionsvorstand des Volkserversorgungsministeriums, einem Ministerialrat des Finanzministeriums, einem Ministerialrat der Finanzprokuratur, einem Sektionsvorstand des Ackerbauministeriums, einem Ministerialrat des Handelsministeriums und aus einem Vorrat des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. So feiert die offenwartige, wenn auch so gar nicht allmächtig gewesene Bürokratie noch bis zum Schlue ihre traurigen Triumphe. Das auch Vertreter der Konsumenten in den Liquidationsausschuss der Staatsgetreideanstalt hineingehört hätten, ist offenbar unseren Regierern überhaupt nicht eingefallen. Dagegen sitzt ein Baurat darin. Wahrscheinlich deswegen, weil es sich um den Aufbau der Zwangswirtschaft handelt...

Die Frauen in den Gewerkschaften. Dem Deutschen Metallarbeiterverband gehören zurzeit 200.000 weibliche Mitglieder an. Das sind 12% Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Wie gering aber der Einfluss der Arbeiterinnen auf die Gewerkschaft noch ist, zeigt der Umstand, das es unter 780 Delegierten nur sieben Frauen gegeben hat, also nicht einmal ein Prozent. Das aber der Gedanke schon vorhanden ist, den Arbeiterinnen einen größeren Einfluss zu ermöglichen, sie vor allem dazu zu erziehen, das sie verstehen lernen, sich zur Geltung zu bringen, beweist folgende vom Verbandsvorstand vorgelegte Entschließung: 1. Die Agitation unter den Metallarbeiterinnen ist noch etwas nachdrücklich zu befördern. In diesem Zwecke und zur Schulung der genannten weiblichen Mitglieder sind besondere Veranstaltungen, agitatorischer und belehrender Art von den Ortsverbandsleitungen in deren Bereich Metallarbeiterinnen tätig sind, zu veranstalten. 2. In Verwaltungsstellen mit Metallarbeiterinnen sind zweckmäßigerweise Frau-

enagitationskommissionen zu bilden, um die weiblichen Mitglieder zur proletarischen Mitarbeit heranzuziehen. Wo die Zahl der weiblichen Mitglieder eine größere ist, wird die Wahl einer Kollegin in die Ortsverwaltung empfohlen. In anderen Falle möge der Leiterin der Frauenagitationskommission die Teilnahme an den Sitzungen der Ortsverwaltung mit besonderer Stimmung gestattet werden. 3. Dem Vorstand wird zur Erwägung anheimgegeben eine zentrale Einrichtung zu schaffen, um die Tätigkeit für die weiblichen Mitglieder auf eine einheitliche Grundlage zu stellen, und um der Vertretung der besonderen sozialen Förderungen angebeihen zu lassen, die größte Förderung angebeihen zu lassen. Eventuell möge der Vorstand die Anstellung einer Sekretärin in Erwägung ziehen.

Ein Kredit Rußlands an Deutschland. Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ meldet: Wie der Generalsekretär der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin Wiber dem Vertreter des Ostpreerklart, ist dieser Tage ein Kreditvertrag zwischen der russischen Sowjetrepublik und der deutschen Osteuropäischen Kreditbank zu Elberfeld zustande gekommen.

Englisches Kapital in Oberschlesien. Wie in Deuthen verlautet, sind die Besichtigungen der Grafen Donnersmarkt an ein englisches Konsortium mit dem Sitze in London verkauft worden. Die Eintragung in das Handelsregister in London soll bereits am 1. Dezember erfolgt sein. Die Gesellschaft wird firmieren: Bendel von Donnersmarkt-Deuthen, Estates Limited-London. Der erste Präsident der Gesellschaft wird Graf Edgar von Donnersmarkt sein. Sein Vertreter ist Lord Cozens-Hardy. Die technische Direktion in Oberschlesien wird keiner Aenderung unterzogen, doch ist es wahrscheinlich, das Vertreter des englischen Kapitals als Direktoren nach Oberschlesien dirigiert werden.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2203, 100 Mark 45.40, 100 Schweiz. Franken 1703, 100 Lire 384, 100 franz. Franken 677 1/2, 1 Pfund Sterling 333, 1 Dollar 88 1/2, 100 belg. Franken 646 1/2, 100 Peso 1277 1/2, 100 Dinar 134 1/2, 100 Lei —, 100 Osterreich. Kronen 1.87 1/2, 100 ung. Kronen 11.67 1/2 Kr.

**Aus Der Partei.**

Bezirksorganisation Kuffig-Land. Sonntag, den 18. Dezember, um 2 Uhr nachmittags, findet eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Bericht über Partei- und Bodenforderungsfragen. Referenten: Abg. Deutel und Dr. Leinbach.

Totalorganisation Smichow-Kleinseite. Heute, den 10. d. M., abt 8 Uhr abends, Versammlung im Restaurant Libussa, Smichow, Stefanigasse, neben dem Schwandtheater. Punktliches Erscheinen erwünscht.

**Literatur.**

Anzengrubers Werke. Gesammelt herausgegeben von Anton Reichheim („Geldrue Klassikerbibliothek“, Berlin, Bong und Komp.) 5) Nach den Handschriften herausgegeben von Eduard Caske (Leipzig, Desse und Weder). Im Dezember 1919 waren es dreieig Jahre, das Anzengruber gestorben war, und sofort gingen einige deutsche Verleger daran, die „freigegebenen“ Werke des Dichters in Auswahlausgaben unter das Volk zu bringen. Etwas länger dauerte es der wissenschaftlichen Vorarbeiten wegen, ehe auch Gesamttausgaben druckfertig werden konnten, nun liegen deren zwei vor. Damit beginnt für Anzengruber eine ähnliche Renaufstehung, wie sie zu Beginn des Jahrhunderts Grillparzer zuteil geworden war, viele Zehntausende von Bänden werden der Lesewelt bewiesen, das nicht nur sein gesprochenes Wort von der Bühne herab, sondern das auch sein geschriebenes Wort der höchsten Aufmerksamkeit wert ist. Was am Ohr rasch vorubergeht, wird sich nun ganz anders dem Gedachnis einprägen, der große Sittenschilderer und Sittenslehrer Anzengruber wird erst auf dem Umweg über das Buch eine lebendige Kraft in Deutschland werden. Wie er das religiöse, das Ehe- und Geschlechterproblem im Amerikaner erfast, wie er die soziale Bedingtheit alles Erdensichens darzustellen weiß, kann nur eine intime Bekanntschaft mit seinen Schopfungen lehren und diese wieder vermag man sich bloß auf Grund der Lektüre zu erwerben. Namentlich der Erzähler Anzengruber war seit Jahren im Grabe der Literaturgeschichte eingestarrt und doch hatte er so Schönes und Großes zu sagen, wie nur wenige deutsche Meister. Das Bild einer starken, zielbewussten, in ihrer „Unmoralitat“ wahrhaft großartigen Frau, wie es der gewaltige Roman „Der Sternscheitel“ entwirft, die knappen und eindringlichen Charakterstudien der „Dorfgange“ und die unaufdringlich belehrenden „Kalendergeschichten“ bieten dem deutschen Proletariat beste geistige Kost, denn sie vereinen einen wahrhaft freien Blick mit erschatterndem sozialen Blickgefuhl, und zugleich sind sie bis ins letzte Wort abgerundete Kunstwerke. Ungehobenes Gold in Menge harret also jedes Lesers der Gesamttausgaben, aber auch ein tiefes persönliches Erlebnis. Denn aus vielen minder gelungenen Arbeiten wird er erkennen, wie der Blutjunger Kapitalismus auch nicht vor den geistig Großen haltmacht, wie er sie zwingt, im Tageloh zu fronen und vielleicht der Ewigkeit

Wurdiges unangefut zu lassen, weil das Publikum leichte Tagesware liebt und weil der kapitalistische Verleger sich nicht um die Bedürfnisse des zum Lohnarbeiter erniedrigten Dichters kümmert, sondern um die Wünsche des zahlungsfraftigen Publikums. Namentlich ein Band der Caske'schen Ausgabe, wo Anzengrubers Wize und Gedichte für den „Fiparo“ gesammelt sind, die er schreiben mußte, um leben zu können, vermittelst diese erschatternde Tatsache mit juchzbarer Anschaulichkeit. Durch die Sammlung dieser Abfälle von Anzengrubers reichbedeuten Tische ist die Arbeit Caskes jener Bettelheims überlassen. Sonst stehen beide Ausgaben, jede in ihrer Art, die erstgenannte als mehr wissenschaftliche, die andere als mehr volkstümliche Leistung, ziemlich gleichwertig nebeneinander.

Dr. Alfred Kleinberg.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**STOCK**  
COGNAC  
MEDICINAL  
GARANTIERT REINES ECHEES  
WEINDESTITILAT

Selbstschreibende Surrongh-Additionsmaschinen der Firma Glogowski & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefeststellung überall unverbindlich und kostenlos. Telefon 6217. 106

**Rechtzeitig eindecken!**  
**Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“**  
in bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlagiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Ges. m. b. H., Pilsen.  
Generalvertreter:  
**JOSEF POLLAK, Weinberge, Resselova 3.**  
Telephon 210. 318

**Erste Marke der Welt! Remington**  
Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle, Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celetna ul. 35, bis-a-vis dem Ubceni dum. Telefon 2871. 107

**Kunst und Wissen.**  
Neues deutsches Theater. Morgen Sonntag, fünf Uhr, Die Meisterfinger von Nürnberg. — Heute Nachmittag zu niedrigen Preisen „Die verurteilte Glode“, Anfang zwei Uhr. Abends „Der Bettler aus Dingsda“. — Nachtvorstellung, heute 10 Uhr der Stuch „Simulation“, der Schulmeister „Goethe“, die amerikanische Filmrevue „Schöner Filmstar gefut“. Gestimmt wird der Groesfilm „Gobbo will heiraten“ unter Mitwirkung des Publikums.

**Turnen und Sport.**  
Die Fußballsaison hat endlich ihr Ende gefunden und der Winter sport beginnt. Allerdings findet noch hier und da ein Fußballwettspiel statt, doch die Mehrzahl der Vereine hat bereits ihre Tätigkeit eingestellt. In einer Wiener Zeitung lesen wir: Das Wettspiel Gafosch-Schnarf konnte wegen Frost nicht stattfinden. Das Klubwettspiel W. A. C. gegen Wiener Hockey-Klub konnte wegen Tauwetters nicht stattfinden. A. o. Frost und Tauwetter zugleich.  
Das Stadtefußballspiel Prag gegen Bissen findet morgen halb drei Uhr auf dem Stabiaplatz statt.

Rapid Wien hat durch seinen vorgestriegen Sieg gegen Amateure wiederum die Spitzefuung in der Wiener Meisterschaft inne. Allerdings sind noch einige wichtige Spiele ausständig, die Rapid die Meisterschaft für die Herbstsaison streitig machen können. Diese Spiele, die morgen stattfinden, würden bereits definitiv Klarheit schaffen.  
Sonntag finden in Prag, falls es das Wetter zulast, die ersten interessanten Eishockeyspiele statt. In Paris findet demnacht ein internationaler Eishockeyspieltag statt. Die Tschechoslowakische Republik wird durch Herites und Melan, Osterreich durch Meisl und Prof. Schmieger, Holland durch Poos und Winters vertreten sein.

Herausgeber:  
Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauch.  
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Liga-Margarine gehört in jedes Haus!**

# BERSON GUMMIABSÄTZE

BILLIGER ALS LEDER



Reinweißes Licht  
Geringer  
Stromverbrauch

## Feinster Punsch u. Liköre.

Julius SCHMELZER, Teplitz-Schönau  
Likörfabrik, Destillation mit Dampftrieb.  
Gegründet 1863. Gegründet 1863.

## CAFÉ ELEKTRA

PRAG-WEINBERGE,  
beim Museum, neben dem Deutschen  
Theater.  
TREFFPUNKT DER GENOSSEN  
Telephon 4854. 268

## Ebermanns

Mundwasser — Zahnpulver  
das BESTE und BILLIGSTE zur  
täglichen Zahnpflege. 64

Erhältlich in Apotheken, Droguerien,  
Parfümerien und Konsumvereinen.  
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

## EGGER & CO.,

PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.  
FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.

Eggers Milch- und Kaffekaramellen,  
Eggers 140er Peppermint  
in allen Konsumvereinen erhältlich. 87

## National u. Praga KONTROLL-KASSEN

von Kc 950.—  
mit Fabriksgarantie

Rekonstruktionen  
Umbau 312  
Reparaturen  
Vernickelungen  
Repar. Abonnement

zu den billigsten Preisen  
im Fachgeschäft:

Kontroll-Kassen  
G.m.b.H.,  
Prag I., Rybná ul. 28.



Gegen 10 Kc auf Rate  
liefern wir Violinen, Man-  
dolinen, Gitarren,  
Grammophone, Platten  
und alle anderen Musikinstru-  
mente, sowie auch deren Zu-  
behöre, wie Saiten usw.  
Grammophone-Innenort-146  
Compani Brünn, Freiheitsplatz 9  
Preisliste bei Angabe des ge-  
wünschten Musikinstr. gratis.

## Mehlwürmer

per Schock 2 Kc liefert  
nur per Nachnahme nicht  
unter 10 Schock Josef  
Hampf in Neusattel  
531, b. Elbogen. 242

Inserieren  
bringt  
Erfolg!

## „RINA“

Westböhmische-Zucker-  
warenfabrik

Pilsen,  
empfiehlt ihre als vor-  
züglich anerkannten  
KANDITEN u. ZUCKERWAREN.  
Billigste Einkaufsquelle  
d. P. T. Konsumvereine.

## Drucksorten

aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die  
Druckerei der TRIBUNA A.-G.

Prag II., Karlovo nám. 15.  
Telephon 3090. Voranschläge gratis. Telephon 3090.  
147

## FABRIK MEDIZ. VERBANDSTOFFE LUDWIG FISCHER

423  
Inh. J. SCHLOSSER,  
TEPLITZ-SCHÖNAU, empfiehlt sich den  
p. t. Krankenkassen, Zentral-Brudern und  
dergl. zur Lieferung sämtlicher VERBAND-  
STOFFE und WATTEN, GUMMIWAREN,  
BANDAGEN sowie KRANKENPFLEGEAR-  
TIKEL aller Art zu KONKURRENZLOSEN  
Preisen.

## Reisstrohbesen

Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co.

Prag, Soukenická 7.

In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

## PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK

Hamburger & Co., Ges. m. b. H.,  
FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I. 188

bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft  
die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.

Reserviert für:

MERL & WEISS  
FACHMANN, BURO-EINRICHTUNGEN  
PRAG, NARODNI 23a.  
141

## Lesen Sie

bitte unseren neuen,  
illustrierten reichhaltigen,  
Katalog Nr. 558 über kos-  
metische und hygienische  
Spezialartikel für Damen  
und Herren; Diskreter Versand in verschlossenem Ku-  
vert ohne Firmageldruck gegen 2 Kc in Bar od. Marken,  
„Novitas“ Versandgeschäft, Aussig a. E. 31

ECHTER NUSSLIKÖR:

## MAGENOL.

FABRIK FEINSTER LIKÖRE  
WILHELM LÖW, BRÜNN  
121

## Besichtigen Sie

während des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen  
Partei in Tetschen, Prager Hof die

## ADREMA = Adressiermaschine,

welche Ihnen 1200 bis 5000 verschiedene Adressen pro Stunde  
auf Kouverts, Briefpapiere, Prospekte, Zeitungsschleifen  
etc. etc. in Schreibmaschinenschrift absolut verlässlich und deut-  
lich druckt. Ideale Verwendungsmöglichkeit in der Lohnverrech-  
nung. Die einzige Maschine, welche Ihnen eine grosszügige  
Propaganda ermöglicht.



## Büro-Maschinen-Vertrieb

Gesellschaft m. b. H., Prag I., Haštalská 11.

Erstklassige Referenzen aus allen Bran-  
chen u. a. Grosseinkaufsgesellschaft für  
Konsumvereine u. „Sozialdemokrat“ Prag.

## REMA

die beste

## Speise-Schokolade

besorgt den Konsum-Vereinen die

G. E. C.

293

## ! NEUE UNGARISCHE SALAMI !

hervorragende Qualität Marke 450

CZINNER & COMP., Akt.-Ges. SZEGED.

offeriert zu billigsten Tagespreisen ab Lager Prag in

einigen Tagen anlangend in Kisten á kg 25 u 30

Generalvertretung: M. BLOCH, Prag VII 463.

Telefon 2925. Telegramm-Adr.: „Morbloch-Prag“

Seriöse Vertreter für Pilsen, Brünn, Bratislava,  
Reichenberg, Troppa werden aufgenommen.

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

## Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“

und vorzügliche

## Tafelmargarine „AXA“

den besten, altbewährten Butterersatz  
der Neuzeit in Friedensqualität.

## Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín

Půjčovní 2.

269